

## Mit oder ohne Militär?

### Einstellungen europäischer Bürger zu externer Demokratieförderung

**Interview mit Jörg Faust, Leiter der Abteilung „Governance, Staatlichkeit, Sicherheit“ am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE)**



Wie hält es Europa mit der Förderung von Demokratie und Menschenrechten in anderen Ländern? Und ist hierfür der Einsatz militärischer Mittel legitim? Die aktuelle Debatte um die deutsche und europäische Politik gegenüber der Ukraine wie auch die Diskussion um Bundeswehreinätze in Afrika sind eng mit diesen Fragestellungen verknüpft und verdeutlichen erneut deren Relevanz. Oftmals wird dabei angenommen, dass sich die Europäische Union bzw. deren Mitglieder der Demokratieförderungen verpflichtet sehen und hierbei eine ausgeprägt zivile Identität haben. Europa strebe somit tendenziell die Position einer normativen Zivilmacht im internationalen System an. Gleichwohl sind Militäreinsätze wie die in Bosnien, Afghanistan oder auch dem Irak oft auch mit der langfristigen Zielsetzung verbunden, einen substanziellen Beitrag zum Aufbau demokratischer Staatlichkeit in diesen Ländern zu leisten. Und ebenso deutlich zeigen die anhaltenden Streitigkeiten in Europa um diese und andere (potentielle) Einsätze, dass die europäischen Regierungen sehr wohl unterschiedliche Ansichten über den Einsatz militärischer Mittel haben.

Vor dem Hintergrund dieser Debatten war bislang jedoch kaum etwas darüber bekannt, wie eigentlich die europäischen Bürger zur Frage der Demokratieförderung stehen und inwieweit sie auch militärische Interventionen als Mittel der Demokratieförderung unterstützen. Jörg Faust, Leiter der Abteilung „Governance, Staatlichkeit, Sicherheit“ am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) sowie Melody Garcia vom Deutschen Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) sind dieser Frage nachgegangen. Sie haben hierzu jüngst eine empirische Untersuchung in der renommierten Fachzeitschrift „*Journal of Common Market Studies*“ veröffentlicht. In einem Interview mit Matthias Ruchser, Leiter der Stabsstelle Kommunikation am DIE, fasst Jörg Faust die Ergebnisse der Studie zusammen.

#### **RUCHSER: Herr Faust, was genau haben Sie im Hinblick auf das Thema „Demokratieförderung“ untersucht?**

FAUST: Im Kern haben wir die Ergebnisse von gleichzeitig durchgeführten repräsentativen Meinungsumfragen in elf Ländern der Europäischen Union im Zeitraum von 2005 bis 2008 analysiert. Hierbei wurde nach der allgemeinen Unterstützung zur externen Demokratieförderung gefragt aber auch danach, ob die Europäer sich auch militärischer Mittel zur Demokratieförderung bedienen sollten. Diese Umfragen ermöglichten es sowohl die durchschnittlichen Zustimmungsraten miteinander zu vergleichen wie auch individuelle Merkmale der Bürger zu identifizieren, die einen Einfluss auf die Zustimmung bzw. Ablehnung dieser beiden Fragen hatten. Außerdem konnten wir feststellen, ob jenseits politischer Orientierungen und sozioökonomischer Merkmale eines Bürgers auch die Herkunft der Befragten einen Unterschied machte. Also, ob die nationale Herkunft des Befragten die Zustimmung zu einer dieser beiden Fragen beeinflusste. Auch wenn die Umfragen schon einige Jahre zurückliegen, begünstigte die Wiederholung der Fragen über mehrere Jahre sowie die hohe Anzahl der Befragten in elf europäischen Ländern die Robustheit unserer Ergebnisse.

**RUCHSER: Wie ist es denn um die europäische Einstellung gegenüber der Förderung von Demokratie und Rechtsstaat bestellt?**

FAUST: Hier sehen wir einen deutlichen Unterschied zwischen der in Europa durchschnittlichen Zustimmungsrates zu Demokratieförderung im Allgemeinen und zu Demokratieförderung mittels militärischer Mittel. Die Unterstützung für externe Demokratieförderung im Allgemeinen lag bei knapp 80 %. Aber nur ca. 30 % der Europäer bejahten die Frage, ob sich Europa auch militärischer Mittel zum Zwecke der Demokratieförderung bedienen sollte. Dies ist in etwa auch konsistent mit den Ergebnissen von Umfragen, die sich lediglich auf den Aspekt der militärischen Interventionen konzentrieren, ohne dabei eine explizite Verbindung zur Demokratieförderung herzustellen. Auch hier stehen meist große Mehrheiten solchen Interventionen eher skeptisch gegenüber. Die Bürger gewichteten also die Komponente des Militäreinsatzes in der Frage deutlich stärker als denjenigen, der sich auf die Demokratieförderung bezieht.

**RUCHSER: Ist die Zustimmung zur Demokratieförderung gleichmäßig über alle europäischen Länder verteilt?**

FAUST: Nein. Einerseits unterstützt die Mehrheit in allen Ländern die Demokratieförderung im Allgemeinen, und diejenigen, die auch militärische Mittel zum Zwecke der Demokratieförderung einsetzen wollen, sind überall in der Minderheit. Andererseits wird die Zustimmung bzw. die Ablehnung bei beiden Fragen auch durch das Herkunftsland der Befragten beeinflusst. Neben den genannten Faktoren ist etwa die Wahrscheinlichkeit, dass Bürger aus Großbritannien einer Militärintervention zum Zwecke der Demokratieförderung zustimmen, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern am größten. Deutsche Bürger – wie nicht anders zu vermuten –, haben demgegenüber eine vergleichsweise skeptische Einstellung gegenüber Militärinterventionen als Mittel der Demokratieförderung, andererseits aber eine hohe Zustimmung gegenüber der Demokratieförderung im Allgemeinen.

**RUCHSER: Sie sprachen auch von individuellen Unterschieden. Welche Bürger befürworten denn nun Demokratieförderung?**

FAUST: Auf der individuellen Ebene haben wir einen deutlichen Einfluss von politischen Orientierungen und speziellen sozioökonomischen Charakteristika der Bürger identifiziert. So wirken sich etwa eine höhere Berufsqualifikation positiv auf die Zustimmung zur Demokratieförderung aus. Des Weiteren ist die Ablehnung von Demokratieförderung im Allgemeinen umso wahrscheinlicher, je extremer die politische Orientierung eines Bürgers auf einer Rechts-Links-Skala ist. Anders gesagt: Diejenigen mit eher moderaten politischen Orientierungen befürworten die Förderung von Demokratie.

**RUCHSER: Und wie sieht es mit den Einstellungen gegenüber der Demokratieförderung mittels militärischer Interventionen aus?**

Hier sehen die Ergebnisse ganz anders aus. Im Großen und Ganzen nimmt die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung zur Demokratieförderung mittels militärischer Interventionen zu, je weiter rechts ein Bürger sich im politischen Spektrum verortet. Dagegen sinkt die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung zu solchen Militärinterventionen mit dem Alter und dem Bildungsniveau der Bürger. Auch Befragte, die in Großstädten leben, neigen eher dazu, Demokratieförderung mittels militärischer Mittel abzulehnen.

**RUCHSER: Was ist die Relevanz Ihrer Ergebnisse für die praktische Politik und die derzeitigen Diskussionen um Demokratieförderung und militärische Interventionen, sei es in der Ukraine, im Nahen Osten oder in Subsahara-Afrika?**

FAUST: Unsere Ergebnisse sind ein weiteres Indiz für die verbreitete Ansicht, dass insbesondere die Entscheidungen über langfristige Militärinterventionen stark durch die innenpolitischen Konstellationen

bedingt sind. Außenpolitiker betrachten eben nicht nur den internationalen Kontext, sondern orientieren sich auch an potentiellen innenpolitischen Kosten bzw. Vorteilen, die ihre außenpolitischen Handlungen nach sich ziehen. Auch Außenpolitik ist eben zu einem großen Teil Innenpolitik und in der Demokratie damit Kampf um Wählerstimmen.

**RUCHSER: Können Sie diese Aussage etwas genauer illustrieren?**

FAUST: Unter der Regierung von Gerhard Schröder war die Entscheidung gegen eine Beteiligung an der Irak-Intervention nicht nur aus rein normativen Erwägungen oder der Interpretation der internationalen Rahmenbedingungen getroffen worden. In einer generell gegenüber Militärinterventionen skeptischen Bevölkerung wie derjenigen Deutschlands und insbesondere bei potentiellen SPD-Wählern war eine aus wahlkampfaktischen Gründen resultierende Ablehnung der Intervention sicher auch sehr stark innenpolitisch motiviert. In der derzeitigen großen Koalition sieht die Sache da nicht ganz so einfach aus. Unsere Ergebnisse legen aber auch nahe, dass die Dauer militärischer Interventionen zumindest partiell von der politischen Couleureur der jeweiligen europäischen Regierungen abhängt. Schließlich reflektieren unsere Ergebnisse auch die Schwierigkeiten der Europäer, sich auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu einigen. Einerseits steht eine Mehrheit der Bürger der Demokratieförderung mittels militärischer Mittel zwar skeptisch gegenüber. Andererseits sind die von uns offen gelegten individuellen und nationalen Determinanten der Bürgereinstellungen in Kombination mit den innenpolitischen Interessen unterschiedlicher Regierungen wichtige Gründe, warum es in Europa oft so schwierig ist, sich in diesen Fragen auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. Nur weitere Schritte in Richtung der Integration der Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine breitere europäische Debatte versprechen da dauerhafte Besserung.

Dr. Jörg Faust leitet die Abteilung „Governance, Staatlichkeit, Sicherheit“ am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Seine Forschungsschwerpunkte liegen u. a. auf Demokratisierungsprozessen, Nord-Süd-Beziehungen sowie komparativen Methoden und Evaluation.

Literaturhinweis:

Faust, Jörg / M. Melody Garcia (2014): *With or Without Force? European Public Opinion on Democracy Promotion*, in: *Journal of Common Market Studies* (online early view)